

# Es gibt keinen Königsweg

**Energiewende** Die Bundesrat sucht nach Lösungen, wie mehr Mietgebäude energetisch zu sanieren sind

VON DANIEL BALLMER

Das Ergebnis ist ernüchternd. Zweieinhalb Jahre lang haben Bundesrat und Verwaltung herumstudiert, wie mehr Mietgebäude energetisch saniert werden können. Das Problem: Renoviert wird nur, wenn wirtschaftliche Anreize bestehen. Gleichzeitig aber sollen die gesetzten Energiesparziele erreicht werden und preisgünstiger Wohnraum erhalten bleiben. Gestern nun ist der lange erwartete Bericht dazu erschienen. Fazit: Für den Bundesrat gibt es keinen Königsweg.

Beat Jans ist enttäuscht: «Der Bundesrat zeigt sich nicht sehr daran interessiert, das Problem zu lösen», findet der Basler SP-Nationalrat. Dabei ist der Handlungsbedarf gross. Das sieht auch der Bundesrat so. Denn in der Schweiz werden auch heute noch zu wenige Gebäude energetisch saniert. Ein Problem: Es sind die Hausbesitzer, welche die Kosten für energetische Sanierungen tragen müssen. Im Gegensatz dazu sind es die Mieter, welche die hohen Energiekosten in schlecht isolierten Gebäuden bezahlen. «Deshalb sind viele Hausbesitzer trotz Fördergeldern nicht bereit, ihre vermieteten Gebäude energetisch zu sanieren», sagt Jans. «Auf der anderen Seite wehren sich auch viele Mieter gegen die Renovationen, weil die Sanierungen das Wohnen vielerorts verteuern.» Die Energiekosten sinken zwar, Mietpreiserhöhungen fressen die Einsparung aber meist bei weitem auf.

## Bund will kein Geld investieren

Um das «Mieter-Vermieter-Dilemma» konkret anzugehen und damit auch die Energiestrategie 2050 voranzutreiben, hat der Nationalrat bereits 2013 einen Vorstoss von Jans überwiesen. Auftrag: Der Bundesrat soll mögliche Lösungsansätze und notwendige Gesetzesanpassungen aufzeigen. Die Regierung aber ist an dieser Aufgabe gescheitert: In ihrer Auslegung kommt sie lediglich zum Schluss, dass es keine einfachen Lösungen gebe. Als tauglich taxiert der Bundesrat am ehesten indirekte Massnahmen. Denn eines ist klar: Die Gebäudeprogramme sind Sache der Kantone. Der Bund hat nicht im Sinn, dafür Subventionen zu gewähren.

Grundsätzlich sei der Aussagewert des Berichts beschränkt, räumt selbst der Bundesrat ein. Keines der geprüften Instrumente hebe sich deutlich von den anderen ab. Einzelne Massnahmen stünden sogar kontraproduktiv zueinander. Andere würden einen hohen finanziellen



Im Gebäudebereich wäre am meisten Energie einzusparen – doch schweizweit wird weniger saniert, als sich der Bund wünschen würde.

PETER SCHNEIDER/KEYSTONE

## «In den Bericht hätte man schon noch etwas mehr Grips investieren dürfen.»

Beat Jans Basler SP-Nationalrat

und personellen Aufwand mit sich bringen. Die Wechselwirkungen und Kausalitäten beschränkten sich daher nicht auf ein einzelnes Sachgebiet, während eine mögliche Massnahme immer nur im betreffenden Bereich Wirkung entfalte. Um die Folgen aber tatsächlich im Detail abschätzen zu können, wäre für den Bundesrat eine vertiefte Wirkungsanalyse nötig. Dabei müssten beispielsweise Faktoren wie die Klimaentwicklung, die Energiepreise oder die Nachfrage nach Wohnraum berücksichtigt werden. Konkret geplant ist bisher aber nichts.

«Der Bericht wirkt weder motiviert noch kreativ», kommentiert Energiepolitiker Jans. Zwar sei es tatsächlich nicht ganz einfach, eine Lösung für das Problem zu finden. Zumindest aber eine An-

erkennung des Problems und der Wille, weiter nach Lösungen zu suchen, wären zu erwarten gewesen.

## «Es muss sich etwas bewegen»

Auch für Ansgar Gmür wäre es «völlig falsch, nun einfach zum Schluss zu kommen: Das bringt alles nichts». Es gehe jetzt darum, weiter nach Lösungen zu suchen, sagt der Direktor des Hauseigentümergebietes Schweiz. Zwar wirke der Bericht des Bundesrats etwas ratlos. Ganz so schlimm aber sei die Situation nicht. Wichtig sei, dass der Staat sich nicht auf Vorgaben beschränke, sondern auch mit Anreizen arbeite. So könnten Vermieter und Eigentümer bei energetischen Sanierungen etwa mit steuerlichen Entlastungen belohnt werden. Mieter könnten

vielleicht über eine bessere Ausnutzungsziffer profitieren. «Letztlich geht es um Geld», bringt es Gmür auf den Punkt. «Im Grundsatz sind sich aber alle einig, dass sich etwas bewegen muss.»

Nationalrat Jans will denn auch auf jeden Fall am Thema dranbleiben. «Immerhin handelt es sich hier um ein wichtiges Thema», betont der Basler Energiepolitiker, «gerade nachdem sich die Schweiz in Paris zu einer starken Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen verpflichtet hat.» Selbst der Bundesrat habe schon betont, dass die Fragen der Finanzierung und Kostenüberwälzungen bei energetischen Gebäudesanierungen gerade auch für die Energiestrategie 2050 «von grosser Bedeutung» seien. Jans: «Da hätte man schon noch etwas mehr Grips investieren dürfen.»

## Gesundheitskosten

### Bundesrat fördert gesunden Lebensstil

Nicht übertragbare Krankheiten wie Krebs, Diabetes, Demenz oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind für 80 Prozent der Gesundheitskosten verantwortlich. Das sind über 50 Milliarden Franken pro Jahr. Bundesrat und Kantone wollen nun gemeinsam dagegen vorgehen. Gesundheitsminister Alain Berset sprach von einer der grössten Herausforderungen für das Gesundheitssystem. Bundesrat und Kantone haben darum eine nationale Strategie zur Vorbeugung und Bekämpfung von nicht übertragbaren Krankheiten (NCD-Strategie) verabschiedet. Deren Ziel ist es, den Ausbruch solcher Krankheiten zu verhindern, zu verzögern oder die Folgen zu mildern.

Ein Schwerpunkt der Strategie ist die Prävention: Das individuelle Verhalten habe einen entscheidenden Einfluss auf die Entstehung und den Verlauf dieser Krankheiten, heisst es in den schriftlichen Unterlagen zur Strategie. Als Beispiele für Risikofaktoren nannte Berset Tabakkonsum, exzessiven Alkoholkonsum, mangelnde Bewegung, unausgewogene Ernährung oder Übergewicht. Laut der Weltgesundheitsorganisation WHO liesse sich rund die Hälfte aller Erkrankungen durch einen gesunden Lebensstil verhindern oder verzögern. (SDA)

# Schutzklausel: Berlin signalisiert Unterstützung

**Zuwanderung** Aussenminister Didier Burkhalter erhält in Deutschland positive Signale

VON CHRISTOPH REICHMUTH, BERLIN

Aussenminister Didier Burkhalter warb gestern bei seinem deutschen Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier in Berlin für eine einvernehmliche Lösung im Streit um die schwierige Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI). Der FDP-Magistrat erläuterte seinem SPD-Kollegen den Plan des Bundesrates, eine Schutzklausel erst dann einzuführen, wenn die Zuwanderung in die Schweiz einen bestimmten Wert erreicht hat. Schafft es die Landesregierung, die EU-Kommission von dieser Lösung zu überzeugen, könnte die Schweiz die Zuwanderung drosseln, ohne den Vertrag über die Personenfreizügigkeit mit der EU zu verletzen.

## «Schon viel besser»

Burkhalter erhielt von Steinmeier nach eigenen Angaben positive Signale, dass Berlin den Prozess zu einer einvernehmlichen Lösung in Brüssel unterstützen werde. Auch Kanzlerin Angela Merkel sei gegenüber einer Lösung, bei der das Freizügigkeitsabkommen unangetastet bleibe, sehr positiv eingestellt.

«Was Frau Merkel immer betont hat: Was sie nicht will, ist eine Änderung des Freizügigkeitsabkommens», sagte Burkhalter gegenüber Schweizer Korrespondenten in Berlin. Zugleich erläuterte Burkhalter seinem deutschen Amtskollegen auch die Notlösung der Landesregierung: Sollte die EU-Kom-

## «Was Frau Merkel immer betont hat: Was sie nicht will, ist eine Änderung des Freizügigkeitsabkommens.»

Didier Burkhalter Bundesrat

mission die Schutzklausel ablehnen, wird die Schweiz die Zuwanderung mit einer noch zu bestimmenden Klausel einseitig drosseln.

Allerdings ist sich Burkhalter bewusst, dass die EU zuerst die Abstimmung Grossbritanniens über den EU-Verbleib vom 23. Juni abwarten wird. Sollte es tatsächlich zum «Brexit» kommen, «muss eine neue Lagebeurteilung vollzogen werden», so Burkhalter. Der Bundesrat hofft, dass die EU bei einem Verbleib Grossbritanniens in der EU die

Schutzklausel doch noch schlucken wird. Insgesamt habe sich die Situation für die Schweiz in den letzten zwölf Monaten klar verbessert, zeigte sich der Schweizer Aussenminister optimistisch: «Vor zwei Jahren hiess es noch ganz klar: Die Schweiz hat ein Problem. Punkt, Schluss. Heute ist es ein Problem, das wir zusammen lösen können. Das präsentiert sich schon viel besser.»

Die beiden Aussenminister - seit der OSZE-Präsidentschaft der Schweiz unter Didier Burkhaltes 2014 gut befreundet - diskutierten auch über die heikle Lage in der umstrittenen Kaukasus-Region Bergkarabach. Deutschland, das in diesem Jahr den OSZE-Vorsitz innehat, zeigte sich laut Burkhalter offen für Vermittlerdienste der Schweiz innerhalb der OSZE. Die Schweiz verfüge international über grosses Vertrauen. Wichtig sei es, die beiden Staaten Aserbaidschan und Armenien in einen «strukturierten Verhandlungsprozess» zu führen. Burkhalter bezeichnete die Situation in der Kaukasus-Region als sehr gefährlich. «Es kann dort schnell zu einem Krieg kommen», warnte der FDP-Magistrat.

## NACHRICHTEN

TESSIN

### «Anti-Burka»-Gesetz soll am 1. Juli in Kraft treten

Im November 2015 hatte das Tessiner Kantonsparlament grünes Licht gegeben – ab dem 1. Juli soll das «Anti-Burka»-Gesetz nun konkret zur Anwendung kommen. Bis dahin sollen sich die Behörden auf das Verbot der Vollverschleierung einstellen können. In den vergangenen Monaten sei eine Vielzahl von Anregungen von Gemeinden, Polizeibehörden und Gerichten eingegangen, welche die Regierung geprüft habe, teilte das Tessiner Sicherheitsdepartement mit. Für Touristen sieht das Gesetz keine Ausnahmen vor. (SDA)

ALKOHOLGESETZ

### Neuer Anlauf: Revision in zwei Etappen

Der Bundesrat will das über 80-jährige Alkoholgesetz in zwei Etappen überarbeiten. In einem ersten Schritt soll die bislang unbestrittene Liberalisierung des Ethanolmarkts umgesetzt werden. Erst in einem zweiten Schritt sollen die Anliegen der Spirituosenbranche, der Landwirtschaft und der Prävention aufgenommen werden – an deren gegensätzlichen Interessen war die letzte Revision im Dezember gescheitert. Stein des Anstosses waren mögliche Steuerrabatte für Schnapsbrenner und Obstlieferanten. (SDA)